

Arbeiter  
Angestellte  
Beamte



Arbeiter  
Angestellte  
Beamte

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

[www.dstg-berlin.de/grollblatt](http://www.dstg-berlin.de/grollblatt)

## EOSS: Endlich Ohne Software-Sorgen?

**Staatssekretär Klaus Teichert scheint davon offensichtlich überzeugt, denn er antwortete auf eine „kleine Anfrage“ im Abgeordnetenhaus am 24. Juni 2008 wie folgt: „Der BS-2000-Hauptrechner lief von Beginn an stabil und störungsfrei. Die Kommunikation zwischen den Endgeräten und dem Hauptrechner war anfangs in geringem Umfang gestört. Das System arbeitet stabil.“ Weiterhin stellte er fest. „Die EOSS-Verfahren unterscheiden sich im Detail von den bisherigen Verfahren. Während bei bestimmten Arbeitsschritten mehr Eingaben oder Prüfungen nötig sind, reduziert sich der Aufwand bei anderen Arbeitsschritten.“**

Die Kolleginnen und Kollegen an den EOSS-Computern in den Berliner Finanzämtern waren angesichts dieser politischen Ignoranz bereits im Juni 2008 stark aufgebracht, denn das Berliner EOSS gestaltete sich hingegen keineswegs stabil und störungsfrei. Inzwischen reagieren die EOSS-Anwender ausgesprochen sauer, denn etliche Berliner EOSS-Probleme behindern die Arbeit:

- a) Instabilität des Berliner EOSS-Systems (Fehler, Verfügbarkeit, Ausfälle)
- b) Schwierigkeiten und enormer Zeitaufwand für Proberechnungen (hier insbesondere „Großfälle“)
- c) Umständliches Aussetzungs-, Stundungs- und Erlassprogramm (vgl. dazu AUSTER unter Verbis/Eva)
- d) Fehlende Listen (VdN, offene Fälle usw.)
- e) Benutzerunfreundliches E-Mail-Programm (langsam, umständlich, nicht zeitgerecht und unkomfortabel)
- f) Internetzugang (wenn er funktioniert, kann noch nicht einmal eine HR-Abfrage durchgeführt werden)
- g) Mehrarbeit durch Fehler bei der Datenmigration
- h) Mehrarbeit durch Nachbesserung der GewSt-Messbetragsfestsetzung
- i) Fehlende Workshops über gezielte Themen und neue Verfahren

Diese Liste ist nur die Spitze des Eisbergs. Es brodelt bei den Kollegen, wenn sie sich täglich mit EOSS-Unzulänglichkeiten herumzuschlagen und gleichzeitig der Statistikdruck erhöht wird. Die Freude, dass „alte“ Abfragemöglichkeiten wieder möglich sind, ist leider auch nur eingeschränkt, denn das Erscheinungsbild von „USLO“ widerspricht der gesetzlichen Mindestanforderung oder

bei „LUNA“ ist die Abfrage instabil und umfasst nicht mehr alles, was vor EOSS möglich war (z.B. Grundsteuernummern).

Die DSTG wiederholt Ihre Forderungen:

- Die Stabilität bei den Programmen muss verbessert werden
- Das nicht zeitgemäße E-Mail-Programm muss ersetzt werden
- Zeitnahe und ausreichende IT-Schulungen müssen folgen
- Die Probleme der Kollegen sind Ernst zu nehmen
- Alle Kapazitäten des TFA Berlin sind für den reibungslosen Ablauf in den Berliner Finanzämtern einzusetzen

### INHALTSVERZEICHNIS

EOSS: Endlich ohne Software-Sorgen .....	41
Ergonomie am Arbeitsplatz Deutsche sitzen zu lange am Computer .....	42
Impressum .....	42
Kommentar: Der Streik und die internationale Finanzkrise .....	43
dbb präsentiert forsa-Umfrage zum öffentlichen Dienst .....	44
Versorgungsabschlag für Teilzeitbeschäftigte nichtig Neuberechnung nur auf Antrag .....	45
Computerarbeitsplatz: Chancen und Risiken im Umgang mit PC, E-Mail & Co. ....	46
ZeP - Stellenpool - Reaktionen auf die BVerwG-Entscheidung .	47
DSTG-Service: „Steuer-Warte“ .....	48

# Ergonomie am Arbeitsplatz

## Deutsche sitzen lange vor dem Computer

**Ein Fünftel aller Deutschen sitzt täglich bei der Arbeit oder zu Hause mindestens sechs Stunden vor dem Computer. Das hat eine repräsentative Umfrage des Marktforschungsinstituts forsa im Auftrag des Hightech-Verbands BITKOM ergeben.**

Befragt wurden 1001 Personen ab 14 Jahre. Danach nutzen 72 Prozent der Bundesbürger einen Computer. Bei den unter 30-Jährigen sind es sogar 97 Prozent. Besonders hoch ist die Nutzungsintensität bei jungen Erwachsenen. Von den 18- bis 29-Jährigen verbringt mehr als jeder Dritte jeden Tag sechs Stunden oder länger am PC (35 Prozent). Bei den 30- bis 44-Jährigen sind es mit 32 Prozent nur unwesentlich weniger. „Wer lange vor dem Computer sitzt, sollte seinen Arbeitsplatz im Büro und zu Hause ergonomisch einrichten“, sagte BITKOM-Präsident Prof. August-Wilhelm Scheer. „Damit können PC-Nutzer Gesundheitsschäden vorbeugen.“ Studien haben ergeben, dass rund zwei Drittel der Deutschen unter Rückenschmerzen leiden. Als eine wesentliche Ursache für Rückenprobleme gelten Bewegungsmangel und langes Sitzen in falscher Haltung vor dem Computer.

Die DSTG Berlin empfiehlt daher allen Kolleginnen und Kollegen, ihren Arbeitsplatz und das Arbeitsumfeld ergonomisch einzurichten und den Mindeststandard in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

### Schreibtisch und Stuhl einstellen:

Bei der Höheneinstellung sollte darauf geachtet werden, dass Ober- und Unterschenkel sowie Ober- und Unterarme im

rechten Winkel zueinander stehen. Tastatur und Maus befinden sich in einer Ebene mit Ellenbogen und Handflächen.

### Dynamisches Sitzen ermöglichen:

Ein guter Bürostuhl ist höhenverstellbar und hat eine flexible Lehne, die sich den Bewegungen des Nutzers anpasst. Die Füße benötigen eine feste Auflage. Bei kleineren Menschen hilft eine Fußbank.

### Abstand zum Bildschirm einhalten:

Jeder PC-Anwender sollte einen Sichtabstand von mindestens 50 Zentimeter zum Monitor unbedingt einhalten, bei größeren Monitoren bis zu 80 Zentimeter.

### Beleuchtung von der Seite:

Der Computerarbeitsplatz sollte ausreichend Tageslicht erhalten und der Bildschirm parallel zum Fenster stehen. Damit werden Blendungen und Reflexionen vermieden, die das Auge belasten und zu Ermüdung führen können. Bei zu hellem Licht müssen Sonnenschutzvorrichtungen verwendet werden.

### Problem Notebook:

Immer mehr Computernutzer arbeiten regelmäßig an einem mobilen Notebook. Ergonomisch hat das Nachteile, weil die tragbaren Geräte kleinere Displays haben, Tastatur und Bildschirm fest mit-

einander verbunden sind und die Maus in das Gerät integriert ist. Ergonomisch ist daher bei stationären Einsatz von Notebooks dringend zu empfehlen, eine externe Tastatur, eine Maus und möglichst auch einen externen Monitor anzuschließen.

### Problem Luftfeuchtigkeit:

Trockene oder brennende Augen, eine verstopfte Nase, Kopfschmerzen oder ein Kratzen im Hals, können Anzeichen für eine zu niedrige Luftfeuchtigkeit sein. Schlechte Luft im Büro kann krank machen. Wenn möglich, sollte deshalb regelmäßig gelüftet werden. Dazu werden die Fenster mehrmals täglich fünf bis zehn Minuten lang komplett geöffnet. Die Fenster nur zu kippen, reicht meistens nicht. Eine andere Möglichkeit, um selbst zur guten Büroluft beizutragen, sind Pflanzen. Optimal sind Sorten, die viel Wasser verdunsten und große Blattflächen haben. Sie erhöhen die Feuchtigkeit der Luft. Eine allein reicht allerdings nicht: Pro Arbeitsplatz sollten je nach Größe mindestens vier Pflanzen aufgestellt werden.

### Problem Rücken:

Der Mensch ist nicht zum Dauersitzen geschaffen. Abhilfe schaffen nur ausreichende Bewegung (zum Beispiel während der Pausen) und ein mehrfaches Wechseln der Sitzposition am Arbeitsplatz.

## AZV-Tag 2008

**Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft Berlin erinnert an die Beantragung des diesjährigen AZV-Tages für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin. Der AZV-Tag muss beantragt werden und ist grundsätzlich nicht übertragbar.**

## DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

### IMPRESSUM

**DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion**

**Herausgeber:** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

**Verantwortlich für den Inhalt:** Jürgen Köchlin

**Redaktion:** Carola-Maria Collé, Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Frank Schröder  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Ansicht der Redaktion überein. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.  
© 2008 Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung mit Quellenangabe.

**Fotos:** DSTG Berlin Archiv, DSTG-Bundesleitung

**Anzeigenverwaltung:** Götz Lemke

**Kontoverbindung:** Commerzbank AG Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 03 88 200 800

**Gestaltung/Layout:** Jürgen Köchlin

**Druck:** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askanierring 155-156, 13585 Berlin (Spandau)  
Telefon: 030 3752030 u. 030 3752832 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Titellayout:** Karsten Köchlin

**Auflage:** 8.100 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 56. Jahrgang Ausgabe Nr. 7-8/2008

# Der Streik und die internationale Finanzkrise

*„Geld regiert die Welt“, ein Sprichwort, dass uns in den letzten Tagen und Wochen immer wieder von Neuem beschäftigt. Nun haben wir es also von der Bundesregierung und vom Finanzsenator Sarrazin erfahren: Berlin wird sich auch an der Rettung des Finanzmarktes beteiligen und erhebliche Geldsummen bereitstellen. Sarrazin hält einen tatsächlichen Finanzierungsanteil von 240 Millionen € als realistisch (Tagesspiegel vom 14.10.2008).*

*Da fallen einem natürlich auch wieder Überschriften der Zeitungen ein: „Geld für Bankenmanager, aber kein Geld für Pendlerpauschale“. Mein Zorn und der Zorn vieler Beschäftigten im öffentlichen Dienst richten sich jedoch noch weiter.*

*Wie erklärt doch der Innensenator Körting am 15.10.2008 in der Berliner Morgenpost: „Es wird von mir kein Gesprächsangebot für Tarifverhandlungen geben. Ich habe den Gewerkschaften gesagt, dass ich gern bereit bin, ab 2009 auch in Verhandlungen einzutreten, was sich in der Zukunft tut - nämlich ab dem Jahre 2010. Ich will mittelfristig an das Gehaltsniveau anderer Länder wieder heran. Das wird nicht zum 1. Januar 2010 passieren, aber vielleicht kann man da den ersten Schritt machen.“*

*Begründet wird dies immer wieder damit, dass dem Land Berlin dafür das Geld fehle. Komisch nur, dass für Spekulationen von Banken oder Entschädigungen für Fehlplanen der Stadtentwicklungssenatorin das Geld anscheinend vorhanden ist.*

*Zieht man dann noch die unerträgliche Situation bei der Beihilfeerstattung hinzu, bei dem die Kolleginnen und Kollegen dem Land Berlin durch die zögerliche Bearbeitung ungewollt einen zinslosen Kredit gewähren, potenziert sich die Wut.*

*Zynisch bemerkt Herr Körting, dass er die Folgen des Streikes zwar für unhaltbar halte, aber auf keinen Fall gewillt sei, dem Druck nachzugeben. Wir im öffentlichen Dienst sollen also konkrete finanzielle Einbußen verkraften und dürfen noch nicht einmal im Jahr 2010 auf die Bezahlung der anderen Bundesländer hoffen, aber das Brot wird dadurch auch nicht billiger für mich.*

*Dieser Zynismus ist kaum noch zu übertreffen. Es bleibt daher kein anderer Ausweg, als weiterhin Streikmaßnahmen zu ergreifen.*

---

## Kommentar

---



---

**Bärbel Sachau**

Mitglied im Gesamtpersonalrat  
(GPR)

---

# dbb präsentiert forsa-Umfrage zum öffentlichen Dienst

Deutschlands öffentlicher Dienst ist seit jeher Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Immer wieder erhitzen vermeintliche „Privilegien“ der Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Gemüter, das Klischee vom verstaubten und überversorgten Bürokraten überlebt trotz zahlreicher sachlicher Gegenbeweise. So steht das Bild des öffentlichen Dienstes auch heute noch in der Öffentlichkeit im Widerspruch zu dessen tatsächlichen Leistungen. Flexibilität, Bürgerorientierung und Leistungsbereitschaft, längst Selbstverständlichkeiten im dienstlichen Alltag, werden noch nicht ausreichend mit den rund 3,9 Millionen Menschen in Verbindung gebracht, die dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert. Mit der Bürgerbefragung schafft der dbb die solide und umfassende Basis für eine sachliche Debatte über den öffentlichen Dienst in Deutschland. Diese ist das beste Mittel gegen Missverständnisse, Klischees und Vorurteile. Die aus der Befragung (forsa hatte im Juni 2008 insgesamt 3.112 Bürgerinnen und Bürger befragt) resultierenden Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen stellten der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen und forsa-Chef Manfred Güllner am 7. Oktober 2008 vor der Bundespressekonferenz in Berlin vor.

Die Pläne für weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen in Deutschland stoßen bei der Bevölkerung auf immer stärkere Ablehnung. Das geht aus der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2008“ hervor, die forsa im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion durchgeführt hat.

Demnach lehnt eine klare Mehrheit von 77 Prozent weitere Privatisierungen ab, 25 Prozent plädieren sogar für deren Rückabwicklung. „Wir legen damit die zweite demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes vor und dokumentieren so Einstellungsänderungen im Urteil der Bürger über staatliche Leistungen“, sagte Heesen.

„Die Privatisierungskepsis ist größer geworden. Für mehr als 95 Prozent der Bür-

ger ist unvorstellbar, dass hoheitliche Aufgaben wie die der Polizei, der Gerichte oder des Strafvollzugs privatisiert werden. Auch Dienstleistungen der Finanzverwaltung, der Feuerwehr, der Schulen und der Rentenversicherung will die große Mehrheit der Bevölkerung nicht privatisiert sehen“, so Heesen. Auch dass die Leistungen nach der Privatisierung besser oder billiger geworden sind, findet die Mehrheit der Befragten keineswegs. „In den Bereichen Energieversorgung und Bahn haben sogar 41 bzw. 42 Prozent den Eindruck verschlechterter Leistungen.“

„Generell wird 2008 die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes positiver gesehen als im Vorjahr - 32 Prozent attestieren gute Leistungen, 2007 waren es 30 Prozent.“ Probleme hätten die Bürger

im Umgang mit der Verwaltung eher durch verwirrende Vorschriften (80 Prozent) und lange Bearbeitungsfristen (60) als durch unfreundliche (23) oder unqualifizierte Beschäftigte (19 Prozent). Im Ranking der Berufsgruppen machten Beamte zudem mit vier Punkten den größten Schritt nach oben. „Erneut wird deutlich, dass negative Einstellungen der Bürger gegenüber dem öffentlichen Dienst zumeist nicht auf eigenen schlechten Erfahrungen beruhen sondern auf tradierten Vorurteilen und Klischees.“

Mit der Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2008 legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion zum zweiten Mal eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes vor.

## DTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

### Senatsverwaltung für Inneres und Sport

24. September 2008

Rundschreiben I Nr. 51/2008

#### **Altersdiskriminierung durch Festsetzung der Grundvergütung nach Lebensaltersstufen gem. § 27 Abschn. A BAT/BAT-O**

Das LAG Berlin-Brandenburg hat am 11. September 2008 entschieden, dass das System der Lebensaltersstufen des § 27 Abschn. A BAT eine unzulässige Diskriminierung des Alters darstellt und dem Kläger die höchste Lebensaltersstufe (Endstufe) zugebilligt. Urteilsgründe liegen noch nicht vor; die Revision hat das Landesarbeitsgericht zugelassen. Das Land Berlin wird Revision gegen das Urteil einlegen.

Wie üblich werde ich über etwaige Konsequenzen erst nach Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils entscheiden. Bis zu diesem Zeitpunkt verbleibt es deshalb bei der jeweiligen Festsetzung der Lebensaltersstufen nach § 27 A BAT/BAT-O. Sofern Angestellte ihre Ansprüche gem. § 70 BAT/BAT-O schriftlich geltend machen, empfehle ich, diese Begehren bis zum vorgenannten Zeitpunkt nicht abschlägig zu beantworten, es sei denn, eine Antwort wird zu einem früheren Termin ausdrücklich gewünscht.

Die gesetzlichen Verjährungsfristen bleiben unberührt.

# Bundesverfassungsgericht: Versorgungsabschlag für Teilzeitbeschäftigte nichtig Neuberechnung nur auf Antrag

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 18. 6. 2008 - 2 BvL 6/07 - vgl. BGBl. I S. 1330 - in einem vom dbb - beamtenbund und tarifunion - angestoßenen Verfahren entschieden, dass der sogenannte Versorgungsabschlag alten Rechts bei der Freistellung vom Dienst (Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung ohne Dienstbezüge) mit Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und damit nichtig ist (Steuer- und Grollblatt Ausgabe 6, Seite 33). Bisher hatte nur der Bundesminister des Innern für die Bundesbeamten am 3. September 2008 entschieden, dass auf Antrag der Betroffenen eine Neubescheidung ihrer Versorgungsfestsetzungen erfolgt. Der dbb Berlin und seine Fachgewerkschaften hatten darauf hin Innensenator Dr. Ehrhart Körting aufgefordert, das Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern - D 4 - 223 106/3 - inhaltsgleich auch im Land Berlin zur Anwendung zu bringen und die Versorgungsdienststellen unverzüglich entsprechend zu unterrichten.

In der gemeinsamen Besprechung zwischen Mitgliedern des Hauptpersonalrates, der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung, der Hauptvertrauensperson der schwer behinderten Menschen und Vertretern der Senatsverwaltung für Inneres und Sport am 17. Oktober 2008 erklärte der zuständige Innensenator Dr. Körting auf Nachfrage, dass nun auch der Berliner Senat bereit ist, für die vom Bundesverfassungsgerichtsbeschluss betroffenen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eine Neuberechnung ab Antragstellung durchzuführen.

Der Senator für Inneres und Sport, Dr. Körting, erläuterte den anwesenden

Beschäftigtenvertretern, dass die Mitarbeiter des Landesverwaltungsamtes



Berlin personell und zeitlich nicht in der Lage sein werden, ohne vorherigen Antrag der betroffenen Versorgungsempfänger eine Versorgungsfestsetzung

(Neuberechnung) abzuwickeln.

Körting versicherte, dass jeder beim Versorgungsamt eingehende Antrag geprüft wird.

Zur Wahrung ihrer Rechtsposition empfiehlt der DSTG-Landesverband Berlin allen betroffenen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, umgehend einen schriftlichen Antrag auf Neuberechnung der Versorgungsbezüge unter Berücksichtigung der neuen Rechtslage beim Landesverwaltungsamt zu stellen. DSTG-Mitglieder haben inzwischen ein entsprechendes Musterschreiben des DSTG-Landesverbandes Berlin erhalten.

## Personalratswahlen 2008

10. Dezember 2008

## Erleichterungen im Juristenausbildungsrecht

Am 8. Oktober 2008 befasste sich der Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin mit einer Änderung des Juristenausbildungsrechts. Die wichtigste Änderung ist die Einführung eines Notenverbesserungsversuchs für junge Juristinnen und Juristen im zweiten Staatsexamen. Die Möglichkeit, die Prüfung zur Notenverbesserung zu wiederholen, war bisher im zweiten juristischen Staatsexamen nicht vorgesehen. Die Staatsexamina sind ausgesprochen strenge Prüfungen. Gerade in den letzten Jahren ist auf dem Arbeitsmarkt für juristische Berufsanfänger eine deutliche Verschärfung der Wettbewerbssituation eingetreten. Die Examensnote spielt in diesem Wettbewerb eine überragend wichtige Rolle. Gelang es qualifizierten Prüflingen wegen des hohen Druckes nicht, ihre volle Leistungsfähigkeit zu zeigen, waren sie auf eine schlechte Examensnote festgeschrieben.

Die Ausbildungsordnung soll den Anforderungen des Arbeitsmarktes angepasst werden und kommt den Rechtsreferendarinnen und -referendaren entgegen. Durch eine Modifizierung der Zulassungsvoraussetzungen zur mündlichen Prüfung, wird

zudem eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Ausbildungskapazitäten gefördert und für die Bewerberinnen und Bewerber die Wartezeiten auf die knappen Ausbildungsplätze verkürzt. Justizsenatorin Gisela von der Aue: „Ich freue mich, dass

durch die geplanten Änderungen die Attraktivität des Ausbildungsstandorts Berlin-Brandenburg gerade auch für gute junge Juristinnen und Juristen weiter erhöht wird.“ Die geplanten Gesetzesänderungen treten voraussichtlich noch 2008 in Kraft.

# Computerarbeitsplatz: Chancen und Risiken im Umgang mit PC, E-Mail & Co.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) veröffentlichte im September 2008 die Broschüre „Technologien im Büro - Chancen und Risiken im Umgang mit PC, E-Mail & Co.“ Die Broschüre (35 Seiten) will anregen, sich mit den Möglichkeiten, die technische und soziale Innovationen für die Büroarbeit erzeugen, auseinanderzusetzen. Denn nicht allein die technische Entwicklung geht weiter. Sie birgt neue Chancen, mitunter aber auch Risiken.

Das Büro hat in einer Zeitspanne von nur etwas mehr als einem Jahrhundert eine dramatische Entwicklung durchlaufen. Spätestens seit dem Aufkommen der elektronischen Datenverarbeitung und der Digitalisierung der Informations- und Kommunikationsmedien erfordert die Arbeit in Büros teilweise hoch spezialisierte technische Kenntnisse. Wie in anderen Berufsbildern auch, hat die Entwicklung der Technik im Büro erhebliche Spuren hinterlassen.

„Den“ Büroarbeitsplatz gibt es heute nicht mehr. Büros sind in allen Branchen anzutreffen und Büroarbeit nimmt einen zunehmend bedeutenden Anteil an der Wertschöpfung ein. Waren zum Beispiel 1970 knapp 45 Prozent der 26,6 Millionen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet im

Dienstleistungsbereich tätig, so sind es heute 71 Prozent. Kommunikationsdienstleistungen haben an dieser Entwicklung erheblichen Anteil. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe an den Erwerbstätigen insgesamt um circa 20 Prozentpunkte von 46 Prozent auf 26 Prozent (Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2005).

Die technische Entwicklung hat auch im Büro zu mancherlei Arbeitserleichterung geführt. Zugleich aber haben sich die Anforderungen an Mitarbeiter, Organisationsformen und Managementkonzepte grundlegend gewandelt. Auch hier hat es in den vergangenen Jahren einen bedeutenden Innovationsschub gegeben.

Die Broschüre will anregen, sich noch bewusster mit den Möglichkeiten, die technische und soziale Innovationen für die Büroarbeit erzeugen, auseinanderzusetzen. Denn nicht allein die technische Entwicklung geht weiter, birgt neue Chancen, mitunter aber auch Risiken. Auch die Menschen, die zukünftig in Büros arbeiten werden, bringen andere Voraussetzungen und Wünsche mit.

Nur die Abstimmung und Harmonisierung von technischen und sozialen Innovationen führt zu langfristigem wirtschaftlichen Erfolg. Der Mittelpunkt dieser Innovationsbemühungen ist der Mensch ist.

Die Broschüre der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) gibt es als PDF-Download. >>> [www.baua.de](http://www.baua.de) <<<

Anzeige

„psd...weiterragen!“

## PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Ihre Bank  
in Berlin



Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor mehr als 135 Jahren gegründet, hat sie heute über 82.000 zufriedene Kunden.

### Beste Konditionen – und fair

Unsere Mitglieder und Kunden fördern wir mit bestmöglichen Konditionen, individuellem Service und persönlicher Beratung. Und: Unsere guten Konditionen gelten für alle! Wo andere mit Lockangeboten versuchen, „frisches“ Geld ins Haus zu holen, bieten wir allen unseren Kunden gleich gute Bedingungen.

Unsere guten Leistungen sind dauerhaft: So wurde unser

### PSD GiroDirekt –

das Gehaltskonto, das mitverdient.

Zinsen ab dem ersten Cent, kostenlose Kontoführung mit BankCard und PSD MasterCard.

An über 18.200 Geldautomaten kostenlose Bargeldverfügungen. Und dazu der äußerst günstige PSD DispoKredit.



PSD GiroDirekt 2007 im 3. Jahr in Folge einer der Testsieger der Stiftung

Warentest. Auch unsere Angebote für Geldanlagen und Kredite finden Sie in Produktvergleichen oft an der Spitze.

### Wir beraten persönlich

Wir sind für Sie per Telefon erreichbar – an sieben Tagen in der Woche. Auch online, per Fax oder Post und in unserem Beratungszentrum stehen wir Ihnen zur Verfügung. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Finanzberater auch gern zu Haus. Mit 14 weiteren selbstständigen PSD Banken gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

Weitere Informationen und tagesaktuelle Konditionen erhalten Sie unter [www.psd-berlin-brandenburg.de](http://www.psd-berlin-brandenburg.de)

Oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern:  
Telefon (030) 850 82-550

**PSD Bank Berlin-Brandenburg eG**  
Handjerystraße 34-36  
12159 Berlin (Friedenau)

M48, M85, 186, 246  
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz  
S1 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



# Zentrales Personalüberhangmanagement (ZeP) - Stellenpool - Reaktionen auf die BVerwG-Entscheidung

Das Bundesverwaltungsgericht hat in zwei Urteilen vom 18. September 2008 entschieden (Az.: 2 C 3.07 und 2 C 8.07), dass die Versetzung Berliner Beamter zum Zentralen Personalüberhangmanagement (ZeP) - Stellenpool - verfassungswidrig ist (Steuer- und Grollblatt Ausgabe 6 - Seite 37). Beide schriftlichen Urteile liegen noch nicht vor. Inzwischen löste die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichtes eine heftige Diskussion um das ZeP aus.

Am 9. Dezember 2003 hatte das Abgeordnetenhaus von Berlin zur Einrichtung des Zentralen Personalüberhangmanagements das Stellenpoolgesetz (StPG) beschlossen. Auf der Grundlage des Stellenpoolgesetzes (StPG) wurde am 1. Januar 2004 das Zentrale Personalüberhangmanagement, das ZeP gegründet.

Das ZeP ist eine nachgeordnete Einrichtung der Senatsverwaltung für Finanzen mit 136 Dienstkräften und soll dem Personalüberhang zugeordnete Kolleginnen und Kollegen auf freie Stellen und Einsatzmöglichkeiten vermitteln. Das ZeP soll somit zum Abbau des Personalüberhangs der Berliner Verwaltungen beitragen. Bisher versetzten die Berliner Landesbehörden über 9.400 Beschäftigte

senator Ehrhart Körting (SPD) will das schriftliche Urteil abwarten. „Wir sehen uns die Entscheidungsgründe genau an“, sagte seine Sprecherin Nicola Rothermel.

Inzwischen gibt es auch Kritik von den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien.

Die CDU befürchtet einen erheblichen finanziellen Schaden für das Land. Der Haushaltsexperte der CDU-Fraktion, Florian GRAF, erklärte: „Innerhalb weniger Tage hat die Rechtsprechung mit zwei Entscheidungen die Personalpolitik des Senats zerlegt. Zunächst wurde vom Landesarbeitsgericht festgestellt, dass die Konstruktion des Berliner Anwendungstarifvertrages hinsichtlich der Dienstaltersstufen mit dem Allgemeinen Gleich-

der rot-roten Koalition noch nicht einmal diskutiert worden ist. Stattdessen stümpert der Senat seit Jahren vor sich hin: Niemand weiß heute, was der Personalüberhang eigentlich ist, denn die betroffenen Dienstkräfte werden zum großen Teil noch für ihre Aufgaben gebraucht und haben ihren Arbeitsplatz nie verlassen.“

Der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Oliver Schruoffeneger, forderte Finanzsenator Sarrazin jetzt zu Änderungen des Stellenpools auf. Eine „Katastrophe für die Personalpolitik des Landes“, nannte Oliver Schruoffeneger, die Gerichtsentscheidung. „Der Senat hat jetzt dafür zu sorgen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stellenpool ein zeitlich klar definiertes individuelles Qualifizie-

## DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

(Beamte ca. 15%, Angestellte ca. 60 % und Arbeiter ca. 25 %) zum Stellenpool.

Der Vorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, hat das Verbot des Bundesverwaltungsgerichts, Beamte in zentrale Stellenpools zu versetzen, begrüßt. „Das ganze Verfahren ist nur Lug und Betrug“, kritisierte Jetschmann das seit vielen Jahren in Berlin praktizierte Verfahren. Die Versetzungen seien ohnehin nur aus „haushalts-technischen Gründen“ erfolgt. Tatsächlich seien viele versetzte Beamte weiter in ihrer alten Dienststelle tätig.

Der dbb berlin forderte inzwischen vom Senat eine aktuelle Personalübersicht über den Berliner Öffentlichen Dienst. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahre 2005. „Wir wissen beispielsweise nichts über Altersstrukturen“, begründete Landeschef Joachim Jetschmann die Forderung. Gleichzeitig warnte der dbb Landesbund vor weiterem Personalabbau zu Lasten der Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes.

Der Berliner Senat wurde von der Entscheidung völlig überrascht. Der für die Berliner Beamten zuständige Innen-

behandlungsgesetz unvereinbar ist. Jetzt wurde auch der zentrale Stellenpool vom Bundesverwaltungsgericht für die Beamten für verfassungswidrig erklärt. Die sich daraus ergebenden finanziellen Auswirkungen sind noch nicht bezifferbar, dürften aber zehn Millionen Euro überschreiten. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, dass das Tarifrecht Berlins vom Bund abgekoppelt worden ist, und für den Personalüberhang seinerzeit einen eigenen Gesetzentwurf unterbreitet, der von

rungsangebot bekommen, das auf eine absehbare freie Stelle hinführt“, forderte er am Freitag. So könne „aus der Abstellhalle Stellenpool endlich ein effektives Personalsteuerungsinstrument werden“.

Die Forderungen der Opposition hält Finanzsenator Sarrazin hingegen für verfrüht. So lange das Urteil noch nicht vorliege, handele es sich um Spekulationen, sagte sein Sprecher. Die Berliner Finanzverwaltung will frühestens nach Eingang der schriftlichen Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts über Änderungen am Stellenpool beraten. Der Sprecher der Finanzverwaltung Matthias Kolbeck verbreitete gegenüber der Öffentlichkeit: „Da das Gesetz zum Stellenpool weder aufgehoben, noch vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist, ist es weiter in Kraft. Die Verwaltung gehe weiter davon aus, dass der Stellenpool eine amtsangemessene Beschäftigung sicherstellt. Die für den Stellenpool direkt zuständige Finanzbehörde will rechtliche Konsequenzen prüfen. Mit zusätzlichen Kosten rechne man aber nicht, da die derzeit 735 Beamten im Stellenpool wie bisher besoldet würden.“



# DSTG-Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

## Serviceleistungen der DSTG

### „Die Steuer-Warte“

Regelmäßig mit dem Gewerkschaftsorgan erhalten DSTG-Mitglieder „Die Steuer-Warte“ – eine Steuerfachzeitschrift, die die Mitglieder fachlich auf dem laufenden hält. „Die Steuer-Warte“ ist der Umschlag für Fachaufsätze und die neueste Rechtsprechung.

Die komplette „Steuer-Warte Januar/Februar 2008“ ist als Muster im pdf-Format unter [www.dstg.de](http://www.dstg.de) aufrufbar.

**Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!**

## **DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

Ausgefüllt bitte an die DSTG-Berlin senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Berlin  
Motzstraße 32**

**FAX: 030 21473041**

**10777 Berlin**

Ja, ich werde Mitglied und erkläre meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - LV Berlin - mit Wirkung vom ..... 2008.

Name: ..... Vorname: ..... Geburtsdatum: .....

Anschrift: .....

Telefon privat: ..... E-Mail privat: .....

Dienststelle: ..... Telefon dienstl.: .....

Besoldungsgruppe: A ..... Vergütungsgruppe: BAT/-O ..... teilzeitbeschäftigt: ..... % seit: .....

Steueranwärter/in seit: ..... Finanzanwärter/in seit: .....

Hiermit ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin - die satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zum 15.02., 15.05. 15.08. und 15.11 jedes Jahres zu Lasten meines Kontos bei(m) .....

Bankleitzahl: ..... Kontonummer: .....

einziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung zur Einlösung. Dadurch verursachte Mehrkosten gehen zu meinen Lasten. Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der obigen Angaben.

....., den .....

(Unterschrift)